Text zu Ramu-Mine - Präsentation am 20.04.2024:

1962 (noch zu kolonialen Zeiten) entdeckte das australische 'Bureau of Mineral Resources' (unsere BGR) Laterit-Erze im Ramu-Gebiet. Dort haben sich auf einem hügeligen Plateau durch jahrtausendealte Verwitterung von Gesteinen im heute feucht-lehmigen Boden oberflächennah Bestandteile von Nickel und Kobalt gesammelt.

Es folgten umfangreiche Explorationen (Erkundungen), viele Probe-Entnahmen und jahrelange Tests.

Später, in den 90er Jahren führte das australische Unternehmen Highlands Pacific erste Machbarkeitsstudien durch und formulierte erste Genehmigungsanträge. Die Firma gab für das damalige Ramu Nickel Joint Venture auch eine erste Umweltstudie in Auftrag, die 1999 fertiggestellt wurde, doch die die Risiken, die mit dem Projekt verbunden sind, nicht wirklich benennt. Die australische Consulting-Firma NSR Environmental Consultants erklärt darin die bis heute als äußerst kontrovers diskutierte Entsorgung von Minenabfällen in den Gewässern bei Basamuk als völlig unbedenklich (Submarine Tailings Discharge, STD). Alternativen dazu scheint es keine zu geben. Die zuständige PNG-Behörde akzeptierte diese Studie im März 2000.

Kurz darauf unterzeichnete die damalige PNG-Regierung für das Ramu Nickel und Kobalt Projekt einen Mining Development Contract (MDC) mit Highlands Pacific und erteilte für das Projekt den Special Mining Lease No. 8 (2000). Dies ist völlig ungewöhnlich, weil zu dem Zeitpunkt viele erforderliche Details noch überhaupt nicht geklärt und ausgehandelt waren. Beispielsweise stand noch in den Sternen wie sich das kostspielige Vorhaben finanzieren lässt.

In 2003 begann das chinesische Staatsunternehmen Metallurgical Corporation of China (kurz: MCC), seinerseits die technische und finanzielle Durchführbarkeit des Ramu Nickel und Kobalt Projekts zu prüfen. Das (geplante) Vorhaben soll die Laterit-Erze im Minengebiet kostengünstig abbauen und dann auch möglichst kostengünstig so weit aufbereiten, dass beides - Nickel-Sulfat und Kobalt-Konzentrat - sowohl auf den Weltmärkten wie ggfs. auch nach China verkauft werden kann.

Schon kurz danach, im Feb. 2004, wurde ein **Rahmen**abkommen für die gemeinsame Entwicklung des Projekts zwischen MCC, Highlands Pacific und dem Staat PNG in d. Großen Halle des Volkes in Peking unterzeichnet. Im März 2005 unterschrieben die beteiligten Firmen das **Projekt**abkommen; noch im Okt. des Jahres bildet sich ein neues Joint-Venture 'Ramu NiCo' und Ramu NiCo Management (MCC) übernahm die Projektleitung. Das Projekt gehört bis heute zu Chinas größten Auslandsinvestitionen.

2006 wurden die Finanzierungsvereinbarungen für das Projekt geschlossen. Im August wurde ein Änderungsabkommen zum Mining Development Contract (MDC) mit dem PNG-Staat unterzeichnet, um das Abkommen auf den neuesten Stand zu bringen. Von da an werden bereits Wege und erste Gebäude gebaut.

2007 reichte die Minen-Betreibergesellschaft erstmals einen Umwelt-Managementplan ein, allerdings auch bloß für die Bauphase des Projekts. Mitte des Jahres (2007) bewilligte PNGs Mineral Resources Authority (MRA) den abgeänderten Projektvorschlag für die Ramu-Mine. Noch vor Ende des Jahres erteilte das zuständige 'Department of Environment and Conversation' (die spätere CEPA) die Umweltgenehmigung für den Bau sowie für die erste Betriebsphase des Projekts.

Ab 2008 wurde die Ramu-Mine gebaut; die Anlagen auf dem Minengelände (Kurumbukari), eine 134km lange Pipeline an die Rai-Küste und die Verarbeitungs- und Verladestelle bei Basamuk in der Astrolabe Bucht sowie das große Bürogebäude in Madang. 2010 wurden die Baumaßnahmen weitgehend abgeschlossen und die ersten Tagebaugruben auf dem Minengelände gingen nach und nach in Betrieb. Ab 2012 wurde die Produktion hochgefahren. Die Laufzeit sollte, so hieß es damals, etwa 20 Jahre betragen. Inzwischen ist von weiteren Gruben die Rede und die Laufzeit wird sich mindestens verdoppeln.

Umstritten:

2001 Gegenstudie durch MPI im Auftrag von ELC-PNG (MEW-finanziert) kritisiert insbesondere die Entsorgung des teils toxisch belasteten Abraums in den Gewässern bei Basamuk, Astrolabe Bucht. Kernaussage: Niemand kann mit Gewissheit sagen, ob die Einleitung von großen Mengen an Minenabraum und Rückständen - durch säurehaltige Lehmerde, Öle, Fette, Lösungsmittel und Mineralien belastete - Rückstände in den Ozean bei Basamuk mittel- und langfristig wirklich unbedenklich ist. Vermutlich ist das Gegenteil der Fall. Zudem gibt es Erdbeben, Vulkane, Springfluten und Tsunamis in dem Gebiet. Alles Risikofaktoren. Korallen und Riffe, Fische, Meerestiere, die maritime Pflanzenwelt und die Artenvielfalt werden gefährdet.

NGOs wie die in Madang ansässige Bismarck Ramu Group (BRG) und die in PNG bekannte Pressure-Group Act-NOW! und auch die Lutherische Kirche ELC-PNG und mehrere internationale Umweltverbände protestierten deshalb gegen eine mögliche Entsorgung von Minenabfall in die Bucht bei Basamuk. Auch die örtliche Fisch-Industrie, die selbst große Pläne hatte und diese gefährdet sah, protestierte dagegen (PMIZ). Die Landbesitzervereinigungen blockierten jahrelang (seit 2006) den Bau der Anlagen für die Einleitung von Minen-Rückständen in die Bucht an der Rai-Küste gerichtlich. Sie zogen diese Klage allerdings (im Sept.) 2010 überraschend zurück; das zuständige Gericht annullierte die einstweilige Verfügung daraufhin und Ramu NiCo konnte nun seine Pläne wie gewünscht ungehindert vorantreiben, einschließlich des Submarine Tailings Discharge (STD).

Die Rechtsstreitigkeiten waren damit noch nicht völlig erledigt. Andere Betroffene wandten sich gegen den Gerichtsbeschluss, zumal das Gericht die Sorgen in puncto Umwelt im Kern teilte. Doch PNG hatte (im Mai) 2010 seine Umweltgesetze zu Gunsten von Minen-Unternehmen novelliert, so dass diese nicht mehr so leicht durch Beschwerden von Betroffenen gestoppt werden konnten. Das Verfahren ging nun zum Obersten Gericht in Port Moresby, wurde dort jedoch in 2010 und 2011 mehrfach und endgültig abgewiesen. Die Ramu-Betreiberfirmen hatten bis dahin schon 1,4 Milliarden US\$ investiert, um die Mine, die Pipeline und die Verarbeitungsanlagen aufzubauen. Bis heute ist ihre Investition auf 2,1 Milliarden US\$ angestiegen.

Die Betreiberfirmen haben seitdem weitere Studien in Auftrag gegeben, um die Unbedenklichkeit des Entsorgens von Ramu-Tailings im Ozean bei Basamuk zu belegen. Die bestehenden Zweifel konnten jedoch nie ausgeräumt werden. Was es heute gibt, ist eine Überwachung, ein Monitoring dessen was in die See dort eingeleitet wird - überwiegend durch die Firmen selbst und ab und an durch die CEPA, die zuständige Umweltbehörde. Alle fünf Jahre nimmt auch ein Forschungsschiff aus Australien Proben entlang der Rai-Küste. Es gibt jedoch Zweifel, wie zuverlässig dies alles ist.

2009 ff.: Während des Baus und in den ersten Betriebsjahren gab es viele Unfälle und Sicherheitsmängel; es gab laufend Beschwerden des lokalen PNG-Personals, das beispielsweise keine sichere Arbeitskleidung und keine angemessenen Unterkünfte hatte; es gab mehrfach Zusammenstöße zwischen Arbeitern aus China (700) und PNG-Nationals (3.000) und dergleichen. Die Zustände waren einfach nicht gut. Doch das scheint sich inzwischen etwas beruhigt zu haben.

Allerdings gab es in den letzten Jahren zunehmend Beschwerden aus Basamuk und Umgebung. Die Schornsteine dort stoßen rund um die Uhr Schwefeldioxid aus und verschmutzen die Luft. Es heißt, dass die Anlagen Schweröl verbrennen und es Todesfälle von Kindern aufgrund von Atemnot gibt. Weiterhin gibt es Streit um Land und um Goodies, die die Mine in den Dörfern in dem Gebiet verteilt. Wenige bekommen etwas ab, die Meisten haben das Nachsehen und bekommen nichts. Obwohl es die Mine gibt, mangelt es an Schulen, Aid Posts, Bildung und Gesundheit - die Unzufriedenheit steigt.

Inzwischen steht fest, dass die Ramu-Mine ausgebaut und ihre Laufzeit um mindestens zwei Jahrzehnte verlängert werden wird. Dies wird weitere 2 Milliarden US\$ kosten. In diesem Zusammenhang haben Mitte 2019 börsennotierte Investmentfirmen Highlands Pacific aufgekauft und übernommen, um Zugang zu den wichtigen Ramu-Ressourcen zu erhalten (eine freundschaftliche Übernahme, wie es hieß). Den Investmentfirmen (Firmen namens Cobalt 27, Conic Metals, Nickel 28) geht es darum, sich Rohstoffe für den Bau von Batterien für E-Autos und andere innovative Produkte zu sichern. Die Ramu-Mine soll also zukunftstauglich gemacht werden.

2019 Basamuk Leckage:

Am Samstag den 24. August 2019 um 4.40 morgens lief Schlamm aus einem Becken auf dem Raffinerie-Gelände in Basamuk aus und gelangte bis in den Hafen und färbte die Bucht mehrere Tage lang dunkelrot. Die angeblich harmlose, doch offensichtlich mit Lauge gemischte Gülle wurde mehr als eine halbe Stunde lang aus einem von den Klärtanks herausgedrückt, bis man den Schaden behoben hatte. Es hieß, ein Kurzschluss habe zwei Pumpen ausfallen lassen, was die Störung wohl verursacht habe. Notaggregate, die sich hätten einschalten können, gab es augenscheinlich keine.

Die Aufregung bei den Leuten im Raum Madang ist sofort groß gewesen, auch weil Fotos auf Sozialen Medien gepostet wurden. Ich erinnere mich, als ich damals dort gewesen bin, wurde auch noch nach Monaten in vielen Küstendörfern, Restaurants und in Gästehäusern kein Fisch gegessen, obwohl Fisch sonst eins von den wichtigsten und leckersten Nahrungsmitteln dort ist.

Das Ramu NiCo Management beteuerte von Anfang an, dass diese Leckage ein Einzelfall ist und keineswegs gefährlich. Politische Rivalitäten führten dann dazu, dass gleich mehrere Untersuchungen folgten: Die MRA schickte sofort ein Team; CEPA ebenfalls, doch dies Team nahm bloß wenige Proben an lediglich 4 Stellen; auch die Provinzregierung in Madang beauftragte ein Expertenteam unter Leitung des Schweizers Dr. Alex Mojon, dessen Ergebnisse allerdings von den zuständigen Behörden und Ministerien in Port Moresby nicht anerkannt wurden. Letztlich blieb viel ungeklärt, etwa was nun genau und in welchen Mengen in die See gelangte. Medien sprachen von 200.000 Litern, die ausgelaufen waren; die CEPA sagte, davon seien lediglich 80.000 in die Bucht gelangt. Die MRA sprach von säurehaltigem Material, worin sich noch giftige Schwermetalle befunden haben könnten. CEPA und MRA berichteten,

dass alle Messdaten unterhalb der einzuhaltenden Schwellen geblieben waren. Also kein Anlass, sich zu sorgen. Die starke Rotfärbung des Wassers wäre durch Oxidation von Kobalt und Eisen ausgelöst worden, was sich in wenigen Tagen auflösen würde und im Grunde harmlos sei.

Alex Mojon hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine einmalige Leckage nicht das eigentliche Problem ist. Mojon verglich sie mit einem Glas Wein, das in ein großes Schwimmbad gekippt wird und sich sofort verdünnt. In Basamuk wird diese toxisch belastete Brühe jedoch tagein, tagaus 150m tief, 450m weit draußen ununterbrochen in die Bucht eingeleitet; eine Wolke aus ihren Nanopartikeln treibt mit den Strömungen weit durch die Gegend, so dass die Schadstoffe die Meeresfauna schädigen. Und niemand sieht es, niemand regt sich auf. Messungen können die Giftstoffe selbst noch bei den vorgelagerten Inseln nachweisen.

Die MRA hat die Mine dann wenigstens eine Woche lang geschlossen und mehrere Nachbesserungen verlangt. So mussten größere Auffangwannen eingebaut werden, um Überläufe aus den Tanks zurückzuhalten. Nachdem 16 Mängel behoben waren, durfte die Mine erneut den Betrieb aufnehmen. Die 30.000 Menschen an der Rai-Küste hatten von verschiedenen Regierungsstellen widersprüchliche Ratschläge erhalten, was für viel Verwirrung sorgte. Die Provinz etwa hatte ihnen monatelang den Fischfang und den Konsum von Fisch verboten während die Minengesellschaft Leute von Dorf zu Dorf schickte, die das Gegenteil verkündeten. Zugleich wurden in einigen Gegenden tote Fische an Land geschwemmt. Auch hat sich herumgesprochen, dass es entlang der Pipeline häufig zu Zwischenfällen, Bruchstellen, Schwund und Beschädigungen kommt, manchmal auch aufgrund von starkem Regen und Erdrutschen. Natürlich ängstigt dies die Menschen.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass das Minen-Projekt die Bevölkerung deutlich gespalten hat in einige Wenige, die Jobs bekommen, sich Privilegien sichern und profitieren und in viele, die nichts abbekommen, deren Erwartungen enttäuscht werden, die am Rand bleiben. Viele dachten, dass die Mine ihre Verhältnisse zum Besseren verändern würde. Dass sie helfen würde, Brücken, Straßen und Aid Posts zu bauen. Hie und da ist das auch geschehen, doch insgesamt ist viel zu wenig passiert.

Die Provinz Madang gehört zu denen, die bislang vergleichsweise wenig Vorteile von dem Minen-Projekt haben - einmal abgesehen von sporadischen Spenden, durch die Gesundheit und Bildung gefördert werden. Als im Jahre 2005 die ersten Vereinbarungen (MOAs) zu dem Projekt geschlossen wurden, ist Madang nicht bedacht worden. Die Provinz ist finanziell nicht beteiligt. Die Zentralregierung und die Landbesitzervereinigungen des Ramu-Gebiets sind beteiligt. Als 2018 die Erweiterung und Verlängerung des Projekts (MOU) beschlossen wurde, ist Madang nicht mal gefragt worden. Die Stadt und die Provinz wundern sich, wie es sein kann, dass sie dies Projekt beheimaten ohne finanziell etwas davon zu haben.

Es überrascht (mich) deshalb nicht, dass die Provinzregierung in Madang auf die Leckage in Basamuk im August 2019 erst mit Forderungen, die Anlage sofort zu schließen, und dann mit einer umfangreichen Schadenersatzklage gegen das MCC Ramu NiCo Management reagiert hat. Die Provinz - unterstützt von Landbesitzern - fordert, dass die Verklappung von Minenabfällen im Ozean dauerhaft eingestellt wird, dass die Basamuk Bucht gesäubert und saniert wird und sie fordert insgesamt 5,8 Milliarden US\$ Schadenersatz für die Umweltschäden. Eine riesige Summe.

Interessant in dem Zusammenhang ist, dass die ursprünglich noch mit Highlands Pacific geschlossene Projektvereinbarung im März 2018 ausgelaufen ist und noch nicht erneuert wurde. Die Ramu-Mine operiert momentan also im luftleeren Raum. Die Provinz dürfte bei Neuverhandlungen sicherlich einfordern, was andere Provinzen längst haben - eine ordentliche Beteiligung (so wie Western, Enga, Morobe, etc.). Die Provinz dürfte einen Anteil an der PNG-Beteiligung von 10%, vielleicht auch 20% oder 30% für sich fordern. Im Gegenzug könnte sie ihre Klage dann fallenlassen. Auch das wäre nicht überraschend.

Lassen sie mich diese Präsentation damit abschließen, dass ich darauf hinweise, dass auch ihre Partner-kirche, die ELC-PNG, direkt betroffen ist. Die Kirche hat dort, wo die Raffinerie entstanden ist, Land. Sie ist bei den Verhandlungen übergangen worden und hat keinen finanziellen Ausgleich bekommen. Es ist eine lange Geschichte, die ich bloß kurz zusammenfassen möchte: Highlands Pacific hat anfangs wohl gehofft, alles in geordnete Bahnen lenken zu können doch ist dann von den vielen Landstreitigkeiten, die es damals gab, und vom Zeitdruck überrumpelt worden. Das Land wurde unrechtmäßig in Beschlag genommen und die Bauarbeiten begannen. Die Mine ging in Betrieb. Danach haben Ramu NiCo und die zuständigen PNG-Behörden das Ganze vergessen - bis die Kirche sie Ende 2014 daran erinnert hat, dass die Situation so nicht bleiben kann.

Das Land, auf dem die Verarbeitungsanlagen und die Verladestelle in Basamuk stehen, besteht aus den beiden Lots 109 und 110; die Kirche hat es seit langem als registrierte Landwirtschaftsfläche gepachtet. Portion 22, wo sich die Unterkünfte, eine Kantine und Geschäfte befinden, ist 'freehold'; ähnlich wie Erbpacht bei uns. Die Vorgeschichte geht bis in die Zeit der Rheinischen und Lutherischen Mission zurück. Die ELC-PNG zahlt bis heute vorschriftsmäßig alle Abgaben und Pachtgebühren, die für diese Grundstücke anfallen. Wenig überraschend haben Leute, die nahebei leben, das gleiche Land ebenfalls für sich beansprucht und Ramu NiCo scheint dies akzeptiert zu haben. Bei Gericht ist mehrfach jedoch bestätigt worden, dass das Land rechtmäßig ELC-PNG gehört. Lot 109 und 110 wurden im März 2002 vom Staat zwangsenteignet, damit dort die Raffinerie entstehen konnte, allerdings wurde die Kirche nicht entschädigt, wie es hätte sein müssen. Portion 22 wurde ohne jede Rechtsgrundlage in Beschlag genommen.

Die Kirche hat dies beanstandet und nachdem eine angestrebte einvernehmliche Regelung nicht zustande kam, hat sie Klage gegen die Mine und den Staat eingereicht. Sie will Schadenersatz und dass die vorenthaltenen Pachtzahlungen nachgezahlt werden. Bislang wurde das beim National Court in Madang verhandelt, was sich als ziemlich langsam erwies. Inzwischen ist das Verfahren nach Waigani (Port Moresby) abgegeben worden, was den Fortgang beschleunigen sollte. Das laufende Verfahren ist eine Mediation, eine Schlichtung, um vielleicht doch noch eine Einigung zu erzielen. Die Behörden haben ELC-PNG eine Kompensation von 1,8 Mio. Kina angeboten, was die Kirche ablehnt, da es lediglich Anwaltskosten und andere Ausgaben, die die Kirche in all den Jahren hatte, erstattet. Die Kirche fordert auf Basis eines externen Gutachtens 88 Mio. Kina Nachzahlung (Stand: 2019). Das erscheint viel. Man dürfte bereits sein, sich auf eine Summe weit unterhalb dessen zu verständigen (etwa 10% dessen).

Diese vorläufige Text-Version ist für die Teilnehmenden der PPO-Veranstaltung "Wege zur Ressourcengerechtigkeit". Es wird noch eine ausführliche Fassung geben. Danke für das Interesse, Eckart Garbe